

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 23 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 4. Juni 1915

Inhalt: Beitragsleistung. — Paritätischer Arbeitsnachweis für die Sattlerei und Lederwarenindustrie. — Noch einmal die Kriegsmothenhilfe. — Erhebung. — Geldpostbrief. — Aus anderen Organisationen. — Was denkt der Schuh? (Gebicht.) — Soziales. — Hundschau. — Bücherchau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 6. bis 12. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Paritätischer Arbeitsnachweis für die Sattlerei und Lederwarenindustrie?

Die Lösung eines praktisch sich bewährenden Arbeitsvermittlungsproblems beschäftigt zurzeit eifrig die allgemeine Öffentlichkeit bzw. die Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Austausch von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt interlokal zu regeln. Wohl bestehen schon neben den Unternehmer- und Gewerkschaftsarbeitsnachweisen etwa 1500 öffentliche von Gemeinden und Bezirken unterhaltene Arbeitsvermittlungstellen, zu denen noch solche auf paritätischer Grundlage beruhende Facharbeitsnachweise für verschiedene Gewerbe kommen. Es kann wohl gesagt werden, daß die von Arbeitgeber und Arbeitnehmern geleiteten Arbeitsnachweise nicht den gewünschten Zweck erreichen. Eritere haben sich in der Regel als Maßregelungsbureaus herausgebildet, unbeliebte Arbeiter werden nicht vermittelt, letztere werden zu wenig von den Unternehmern frequentiert.

Zum großen Teil bildet die Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises nicht mehr das Kampfbild wie in früheren Jahren. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse hat auf die Ausgestaltung der paritätischen Arbeitsnachweise verwiesen, da die öffentlichen fast ausnahmslos nur den Ansprüchen ungelerner Arbeiter und Dienstboten genügen. Dieser Tatsache haben sich die letzten Kongresse der freien Gewerkschaften nicht verschlossen, und haben sie sich durch Annahme von Resolutionen für die Schaffung von paritätischen Arbeitsnachweisen entschieden. Da aber verschiedene Organisationsrichtungen bei Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise in Frage kommen, ist es notwendig, daß diese sich vorerst verständigen. Dies ist bereits auf einer Besprechung, über die wir in Nr. 19 unserer Zeitung berichtet haben, geschehen. Neben den Delegierten der verschiedenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben auch Vertreter städtischer und staatlicher Verwaltungen, sowie sozialer Vereinigungen daran teilgenommen. Vornehmlich galt es die gegläubte Regelung der

Arbeitsvermittlung für die Kriegsteilnehmer anzubahnen. Diese Lösung wird anscheinend zu keinem praktischen Ergebnis führen, aller Vermutung nach droht die Besprechung im Sande zu verlaufen. Es bedarf daher der tätigen Mithilfe aller sozial denkenden Menschen, um die von den freien Gewerkschaften angeregte Idee zu einem wünschenswerten Resultat zu führen.

Niemals ist mehr von nationaler Einheit aller Bevölkerungsschichten gesprochen und geschrieben worden als während der Kriegszeit. Soll es nun nicht nur bei schönen Worten bleiben, so ist gerade die Arbeitsvermittlung ein Feld, auf dem die nationale Einheit zuerst mit Erfolg ins Praktische überetzt werden kann, und zwar nicht nur für die Kriegsteilnehmer, sondern als dauernde Einrichtung.

Ohne auf die Forderung der Gewerkschaften aller Richtungen — die Errichtung örtlicher Arbeitsämter als Zentralisation am Ort und eines Reichsarbeitsamtes als Reichszentrale, sowie von Bezirksarbeitsämtern für größere Bezirke, um eine Zusammenfassung und ein geordnetes Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise herbeizuführen, ferner die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in gemeindlicher Verwaltung unter paritätischer Leitung und mit möglichst beruflicher Gliederung — zu verzichten, erscheint es doch zweckmäßig, die Regelung einer zentralen Arbeitsvermittlung, auf paritätischer Grundlage, für die Sattlerei und Lederwarenindustrie zu erwägen, Mittel und Wege zu schaffen, was den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zur Zufriedenheit aller Beteiligten ermöglicht.

Gewiß haben die von unserem Verbands unterhaltenen Arbeitsnachweise schon viel Segensreiches gestiftet, aber nirgends sind die Schattenseiten so groß, als wie gerade bei dieser Einrichtung. Es war stets ein Vorzug unserer Arbeitsnachweise, den qualitativen Wünschen der Unternehmer möglichst Rechnung zu tragen und aus der Zahl der Arbeitslosen den richtigen Mann für die geeignete Stelle zu vermitteln. Trotz dieser oftmals für den Vermittler unangenehm bemerkbar machenden Bemühungen ziehen die meisten Unternehmer es vor, in Leitungen zu intervenieren und aus der Zahl der sich Meldenden die ihnen geeignet erscheinende Auswahl zu treffen. Ob sie dabei gut fahren, ist eine Frage, über die wir hier nicht entscheiden wollen. Für den Arbeitslosen hat das Anfragen auf ein Inserat immer einen unangenehmen Beigeschmack. Er tritt in seltensten Fällen als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft auf. Die Wünsche des Unternehmers wegen der Leistungen und Gegenleistungen waren den Anfragern vorher nicht bekannt, oft müssen sie unrichtiger Sache nach Aufwendung von Zeit und Geld, um eine Hoffnung armer, ihrer Wege gehen. Bei großer Arbeitslosigkeit kann der Unternehmer sich kaum des Anstürms der An-

fragenden erwehren, was ebenfalls zu Verdrüßlichkeiten führt. Nun erst gar das Umschauen. Etwas den Arbeiter Entwürdigenderes kann es nicht geben, als wie von Haus zu Haus um Beschäftigung zu bitten, nach prüfenden Blicken von Kopf bis Fuß und verschiedenen Ausfragereien schließlich abgewiesen oder auf eine spätere Zeit verdröft zu werden.

Unternehmer und Arbeiter leiden auch darunter, daß ein Austausch von Arbeitskräften selten über die Grenzen des Stadt- und Industriegebietes getätigt wird. Es kann vorkommen, daß in einer Gegend des Deutschen Reiches Mangel an Arbeitskräften herrscht, wohingegen in einem anderen Teile eine verhältnismäßig große Zahl Arbeitsloser vorhanden ist. Hier tritt das Fehlen einer Zentralstelle für die Arbeitsvermittlung von Sattlern, Portefeullern und Arbeiterinnen in fühlbarer Weise in Erscheinung. Die Frage stellen, ob nun solch eine Zentralstelle zu schaffen ist, heißt sie bejahen.

Voraussetzung eines Zentralarbeitsnachweises, so wie wir ihn uns vorstellen, ist, er muß auf paritätischer Grundlage beruhen, getragen von allen in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der verarbeitenden Lederindustrie. Die Schaffung, Leitung und Unterhaltung muß gemeinschaftlich vor sich gehen. Unterschiede in der Organisationsform dürfen auf beiden Seiten keine Rolle spielen. Tarifliche Vereinbarungen im Arbeitsverhältnis sind auf alle Fälle zu respektieren.

Nach der Beteiligung der oben angedeuteten Besprechung der Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen zu urteilen, sind die freien, christlichen und Girisch-Dunderschen Gewerkschaften bereit, auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung gemeinschaftlich zu arbeiten. Was die Zustimmung der Zentralstellen dieser Gewerkschaftsgruppen bedingt hat, wird auch gewiß für die in Frage kommenden Lederarbeiterverbände richtunggebend sein, was wiederum eine leichte Verständigung ermöglicht. Schwieriger dürfte sich schon die Zustimmung und Beteiligung der Unternehmer gestalten. Teils gehören sie einer Organisation nicht an, anderenteils scheuen die bestehenden Organisationen die dazu notwendigen Geldmittel aufzubringen, wenn sie nicht gar prinzipielle Gegner solcher Einrichtung, wie die hier geplante, sind.

Ungeachtet dieser Bedenken sollten doch die Gewerkschaften gemeinschaftlich den Versuch machen, die Unternehmer bzw. ihre Organisationen für diese hochwichtige, wirtschaftliche, im sozialen Interesse gelegene Frage zu beeinflussen.

Zuerst wäre eine Besprechung der Leitungen des Verbandes der Sattler und Portefeuller, des christlichen Lederarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins der Lederarbeiter notwendig, um hier die Wünsche der Arbeiter zu präzisieren und Richtlinien zu schaffen, die den Unternehmern

bzw. ihren Organisationen unterbreitet werden. In weiterer Folge denken wir uns eine Konferenz, besetzt von Vertretern der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten, des Verbandes der Herrenausstattungsfabrikanten, des Verbandes der Fabrikanten für Sportartikel, der Treibriemenfabrikanten, der Sattlerinnungen und der drei Gewerkschaften. Sollten für die Automobil- und Wagenbranche, für die Flugzeugindustrie und andere Unterbranchen noch Unternehmervereinigungen bestehen, so sind auch diese zu laden, ebenso einzelne Unternehmer, die ein soziales Verständnis für diese Frage haben.

Der zu verwirklichende Plan geht dahin, eine Zentralstelle zu schaffen, der alle offenen Stellen und die Zahl der Arbeitslosen, nach Sparten geteilt, gemeldet werden. In Orten mit umfangreicher Industrie wie Berlin, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Offenbach, Hannover, Cassel, Elberfeld, Hamburg u. a. m. sind Nebenstellen zu errichten, um den lokalen Verkehr zu regeln. Die Zentrale sondiert die Eingänge und versendet täglich eine Liste zwecks Regelung der interlokalen Nachfrage.

Zum Beispiel: In Berlin werden zehn Automobilhändler verlangt. Auf dem dortigen Arbeitsnachweis sind aber nur vier eingeschrieben. Ein Blick in die Arbeitslosenliste läßt erkennen, wo Automobilhändler zurzeit ohne Beschäftigung sind. Bei dem postfaktischen Verkehr im Lande ist der betreffende Arbeitsvermittler von den Befragen in längstens 24 Stunden in Kenntnis gesetzt, er wird die Arbeitslosen auf die offenen Stellen aufmerksam machen und zur Abreise veranlassen. Die Vermittlung selbst geschieht gleichmäßig für alle Mitglieder der an dem Unternehmen beteiligten Organisationen. Die Geschäfte werden von einer paritätischen Zentrale, die am Orte ebenfalls von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission beaufsichtigt und verwaltet.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, im Rahmen eines Zeitungsartikels die Einzelheiten eines solchen Planes zu erörtern, um so weniger es feststeht, ob diese Anregung auf fruchtbaren Boden fällt. Findet sie Weisheit bei den Interessenten, so dürfte sich über die Ausgestaltung dieser Idee bald eine Einigkeit erzielen lassen, um so mehr noch dem Kriege wieder eine Neuorientierung auf dem Arbeitsmarkt sich notwendig machen wird und mancher, genau wie nach Kriegsausbruch, anlernen muß, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Darum wünschen wir im Interesse unserer Kollegen, und besonders unserer heimkehrenden Krieger, der Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises für die Sattlerei und Lederwarenindustrie den besten Erfolg.

NB. Die Kollegen werden gebeten, sich zu dieser Anregung zu äußern. D. H.

Noch einmal die Kriegswochenhilfe.

Nach den bisherigen Erfahrungen kommen die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meist ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Auszahlung der Unterstützung verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbedingungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe bekanntgeben.

Die Krankenkassen zahlen nur dann Unterstützungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankenkassenmitglieder sind resp. bis zum Eintritt in den Wehrdienst waren. Als Papiere sind beizubringen:

1. der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegsunterstützung auszahlen;
2. die Heiratsurkunde;
3. das Krankentagebuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Gehörte der Mann innerhalb eines Jahres vor Eintritt in den Wehrdienst mehreren Krankenkassen an und war er unmittelbar 6 Wochen vorher nicht hintereinander Mitglied ein und derselben Krankenkasse, dann sind die Mitgliedsbücher aller Kassen mitzubringen. Für diese Fälle empfiehlt sich auch die Weibringung der letzten Invaliden-Culturstarte;
4. Ist die Frau Krankenkassenmitglied, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen.

Wir können nur wieder dringend raten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Einbindung die Krankenkasse aufzusuchen und den An-

spruch anzumelden. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur noch die Geburtsurkunde des Kindes der Kasse einzureichen. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, kann die Auszahlung der Unterstützung sofort nach der Einbindung erfolgen.

Bedie Wöchnerinnen müssen an Stelle der Heiratsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Vaterschaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegsunterstützung gezahlt, genügt der Nachweis hierfür. Im anderen Falle müßte eine von dem militärischen Vorgesetzten beglaubigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beschafft werden.

Gleichzeitig wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Nichtkriegsteilnehmer, die aber Kassenmitglieder sind und nach dem Statut Anspruch auf Wochenhilfe haben, während des Krieges die höheren Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. An

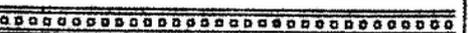


Erhebung.

Noch nie haben wir ein solch großes, alle erfassendes seelisches Leben gefunden, wie jetzt zur Kriegszeit. Da gibt es nicht einen, der nicht mit ganzem Herzen die Entwicklung der Weltgeschichte verfolgte, der sich nicht von Herzen freute, wenn er Gutes liest, oder andernfalls von Herzen die Ereignisse bedauert. Ein eines starkes Gefühl erhebt sie alle, erfüllt das ganze Leben zur Zeit mit höherem Gehalt. Ein gewaltiges Sinnen und Sehnen hat sie alle erfasst, ein nie gekanntes Gefühlleben ist zu verspüren.

Kann solch ein seelisches Leben nicht auch nach dem Kriege möglich sein, kann es nicht jetzt unser Leben erfüllen? Gewiß ist das möglich, doch muß erst die Voraussetzung hierfür geschaffen werden. Würde sich das ganze große Volk wohl so erheben können, wenn das persönliche Interesse eines einzelnen in Frage käme? Wahrscheinlich nicht. Ja, würde sich überhaupt ein einzelner erheben können, wenn es sich um nichts anderes handelt als eigene persönliche Interessen? Eine Erhebung, ein ganzes, gemalltes, seelisches Aufgehen in eine Sache ist nur möglich, wenn das Herz erfüllt ist von der Idee eines großen Ganzen. Nur die Volksgemeinschaft vermag das Herz entbrennen zu lassen und zu begeistern. Wenn also unser ganzes Leben, all unser Schaffen, Fühlen und Denken befeuert sein soll, dann muß all dieses Schaffen, Fühlen und Denken dem Ganzen gelten.

Was aber heißt das? Das bedeutet die Volkswirtschaft eines Volkstaates, in dem durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel jedes eigenständige Interesse unmöglich ist und alles Tun und Treiben dem Wohle des Ganzen gilt. Die Arbeit für persönliche Interessen eines einzelnen, die uns das heutige Leben so mühsam und gefühllos macht, sie wird dann unter den günstigen Bedingungen eine Arbeit sein für die Gesamtheit und so unser Leben befeuern mit eheltem, erbauenden Geiste. Ein hoher religiöser Dienst, im natürlichsten und erhabensten Sinne des Wortes, wird dann unser Leben sein und die Freude am Leben und das tiefe Genießen all der gemeinsamen Menschheitsbande, sie werden dann unendlich mehr sein als die heutige Erhebung der Herzen, sie werden kein hoffnungsloses Fühlen sein, sondern ein tief ergreifendes, tief empfundenenes Gemeinschaftsglück.



Stelle des hier vorgesehenen Wochengeldes tritt in solchen Fällen das sachungsgemäße Wochengeld der Kasse.

Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erstaunlich groß ist, empfehlen sich immer wieder Hinweise auf diese.

Feldpostbrief.

Wenn ich in diesen ruhe- und rastlosen Tagen, in Zeiten sich überschlagender Ereignisse und ungeahnter, unbegrenzter Möglichkeiten mir einige Minuten abrinne und sie in freundlicher Erinnerung an die dahingebliebenen Kollegen ausnütze, so möchte ich damit zunächst die Wünsche und Grüße erwidern, die mich beim Auszug begleiteten und die mir seither nachgeschickt wurden. Damit allein soll es jedoch nicht getan sein. Die Maßnahmen, welche der Verband getroffen hat, um den Familien der im Felde befindlichen Kollegen die Wirkungen des Kriegszustandes erträglich zu machen, nötigen auch mich zu Dank und Anerkennung. Im besonderen gedente

ich hierbei noch der Straßburger Kollegen, mit denen Freuden und Leiden mich meine Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Filiale jahrelang aufs engste verknüpfte und die ihrerseits aus lokalen Mitteln die Bestrebungen des Zentralverbandes noch weitgehend unterstützten. Diese Tatsachen haben mir indessen nicht allein die Erinnerung wachgehalten. Mit der Friedebigung registrieren wir im Felde gerne die Nachrichten von der ungeschwächten Arbeit der Organisation. Sie sichern uns die Überzeugung, daß die Tüden, welche durch den Kriegsausbruch getroffen, von den zurückgebliebenen Kollegen nach Möglichkeit ausgefüllt werden. Und wenn dies schließlich auch nur Pflicht und Schuldigkeit ist, so dürfte es doch zur weiteren Anspornung beitragen, wenn sie hören, daß uns jede gute Nachricht auch in dieser Beziehung stets mit Freude und Hoffnung erfüllt.

Zehn volle Monate sind nunmehr vergangen, seit die Kriegszustände uns aus der Ruhe des Alltagslebens aufschreckte. Als wir Abschied nehmen mußten von allem, was teuer und heimlich, was lieb und teuer war. Mit elementarer Wucht überstürzten sich die Kriegereignisse. Es gab keine Zeit zur Ruhe, um vergangenen Tagen nachzutäumen. Die ungewohnten Kriegszustände zwangen uns anfangs zur äußersten Kraftanstrengung. Und die Wirklungen der Kriegszustände hielt die Gemüter in ihrem Damm. Als dann im Wechsel der Geschicke auch ruhigere Tage kamen, erinnerte man sich gern der Zeiten vor dem Krieg und dabei auch jener Stunden, die wir für uns und mit den Kollegen im Interesse des Verbandes verlebte.

Der Zufall fügte es, daß ich einmal in recht kritischer Situation an den Verband und besonders an die Straßburger Kollegen erinnert wurde. Es war in den ersten Novembertagen, als die blutigen Kämpfe um Chelabell noch immer mit ungeschwächter Festigkeit fortbauerten. Am späten Nachmittag erhielt ich den Auftrag, einen Wagen Munition in unsere vorderste Batterie anzufahren. Als Zufallsbegleitete mich damals teilweise die große Straße, die in schnurgerader Richtung von Remmich nach Hymen läuft. Nur die letzten paar hundert Meter führten von der Straße links ab über freiliegendes Gelände. Die Straße selbst liegt in der Gegend, in welcher wir anfahren mußten, ziemlich exponiert, das Gelände nach beiden Seiten abfällt. Sie bildet deshalb ein ständiges Zielobjekt der feindlichen Artillerie und auch Infanterie- und Maschinengewehrtruppen betreiben unentwegt die Kanonenschüsse, freiliegende Straße. Das Anfahren von Munition war darum recht schwierig und hatte uns schon Mannschaften und Pferde gekostet. Die gefährlichste Strecke wurde deshalb immer in härtester Gangart durchgemessen. Das ganze Schlachtfeld deckten noch die Gefallenen der letzten blutigen Tage. Auf der Straße lagen sie kreuz und quer. In den Straßengräben, auf dem Felde, hinter Büschungen und in Schützengräben nehm und übereinander. Zum Teil Engländer. Dazwischen massenhaft liegende deutsche Waffen, Uniform- und Ausrüstungsstücke. Noch immer wurde das ganze Gelände mit Geschossen aller Art bestrichen und machte eine Vergung der Opfer unmöglich. Ein leiser Schauer durchrieselte uns immer, wenn wir in diesen Teil des Schlachtfeldes kamen. Heute waren wir glücklich in der Batterie angelangt. Kaum sind wir aber mit dem Ausladen der Munition beschäftigt, als feindliches Schrapnellfeuer uns überfällt. Das Gespann dirigiere ich schnell hinter ein in der Nähe stehendes, halbzerstörtes Haus, das immer noch einigermaßen Deckung gewährt. Ich selbst sprang Hals über Kopf in den ersten besten Geschützstand. Die feindlichen Brenngewehrgruppen keipieren in schneller Folge und mit präziser Treffsicherheit über unserer Batterie, die das Feuer sofort erwidert. Das Artillerieduell, welches so eingeleitet, dauerte mit ununterbrochener Festigkeit etwa 20 Minuten. Währendem wäre ein Verlassen des Geschützstandes für mich recht gewagt gewesen. Sobald aber einigermaßen Feuerpause eintrat, eilte ich sofort, um mit dem Munitionswagen den Rückmarsch anzutreten. Wie erschrocken ich aber, als ich hinter dem Hause anlange und der Wagen samt meinem Reitpferd verschunden ist. Die Deckung hinter dem Haus war ihnen jedenfalls nicht sicher genug gewesen und hatten sie sich in einem geeigneten Augenblick ungeachtet der Gefahr auf und davon gemacht. Wohl aber über mußte ich jetzt den Weg über das schauerliche Schlachtfeld allein zu Fuß antreten. In größeren Zwischenräumen saßen noch immer Schrapnells über und neben mir vorbei. Ich lief, was mich die Weine tragen konnten, querfeldein, um die Straße zu gewinnen. Diese war andauernd von Truppen besetzt und man war in deren Nähe, im Falle einer Verwundung, sicher, daß man gefunden wurde. Ein paar mal sprang ich noch in Schützengräben, um hinter Deckung etwas zu verschauen. Die vielen Laten in denselben erregten Grausen und trieben zum Weitermarsch. Ganz erschöpft kam ich schließlich in der Nähe der Straße an. Ich atmete auf, das Schlimmste lag hinter mir. Don

dem Gesehenen und Erlebten bin ich ganz verworren und niedergebückt. Meinen Schritt kann ich jetzt nicht mehr machen. Ohne Interesse betrachte ich im Weitergehen all die bunt durcheinanderliegenden Uniformen und Ausrüstungsstücke. Ein fast neuer Tragenem liegt mir im Weg. Unwillkürlich hebe ich ihn auf. Mein erster Blick fällt auf den Stempel. Dort lese ich: „Julius Janzen, Sträßburg“. Unpöblich standen mir die Herren Janzen und die ganzen Sträßburger Kollegen im Sinn. Mit einem ersten und einem lachenden Auge betrachte ich das Fundstück. Und wie ich es zwischen den Fingern drehe und langsam meinen Weg fortsetze, fliegen meine Gedanken in die Heimat. Und vor meinen Augen tauchen Bilder von Glück und Frieden auf.

Karl Zain, zurzeit Unteroff. L. W. R. I/84.

Aus anderen Organisationen.

Die Jahresberichte lassen den Einfluß des Krieges auf die einzelnen Gewerkschaften am besten erkennen. Auch ist daraus zu entnehmen, wie und mit welchen Mitteln die Verbandsleitungen bestrebt waren, die äußerste Not von den Mitgliedern abzuwenden. So mußte der deutsche Buchbinderverband notwendigermaßen in den ersten Kriegswochen infolge der riesigen Arbeitslosigkeit seine statutarischen Unterstufungen fast alle außer Kraft setzen und sie durch eine sogenannte „Kriegsunterstützung“ ersetzen, die allen arbeitslosen Mitgliedern mit mindestens 52wöchiger Mitgliedschaftsdauer zugute kam. Die Invalidenunterstützung jedoch blieb völlig aufrechterhalten. Nachdem der erste Schreck vorüber und die Internernehmer versuchten, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, indem sie wieder produzierten — beim Kriegsausbruch hatten manche ihre Betriebe kopflos geschlossen — und die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur allmählich, zurückging, wurden die statutarischen Unterstufungen vom 3. Oktober in beschränkter Weise wieder eingeführt, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, während die Invalidenunterstützung zur Hälfte wie bei den übrigen Mitgliedern auch den Angehörigen der im Kriege Gefallenen zugute kam, obgleich dies im Statut nicht vorgesehen ist. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit war in der Woche vom 23. bis 29. August mit rund 12 000 arbeitslosen Mitgliedern zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung wurde 253 943 Mk., an Kriegsunterstützung 185 949 Mk., also zusammen für Arbeitslose 439 892 Mk. von der Hauptkasse herausgezahlt gegenüber 167 685 Mk. im Jahre 1913. Als weitere Unterstützungssummen kommen in Betracht für Kranke 68 704 Mk., für Invaliden 970 Mk., für Umzug 2904 Mk., für Hinterbliebene 4562 Mk., ferner wurden für Lohnbewegungen 80 529 Mk., für Gemäßregelte 7598 Mk. und für Unterstufung in besonderen Notfällen 988 Mk. verausgabt. Die gesamten Ausgaben der Verbandskasse, unter Ausschluß der Besonderen Klassen, beliefen sich auf 837 470 Mk., während die Gesamteinnahmen der Hauptkasse nur 664 149 Mk. betragen, sodaß der Uebertrag der Ausgaben aus den Vermögensbeständen gedeckt werden mußte.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug im Jahresdurchschnitt 28 726, wovon 14 052 männliche und 14 674 weibliche Mitglieder waren. Der Jahresdurchschnitt für 1913 dagegen belief sich auf 32 381 Mitglieder, darunter 67 männliche, 26 weibliche Portefeulles- und 99 Leder galvanisierarbeiter. Neben den 8700 Mitgliedern, die im 3. und 4. Quartal zum Heeresdienst einberufen wurden, schieden in diesen beiden Quartalen 5180 Mitglieder aus dem Verbande aus, und zwar 1697 männliche und 3283 weibliche, so daß am Schlusse des Jahres nur noch 10 816 männliche und 12 685 weibliche, zusammen 23 501 Mitglieder vorhanden waren; wobei zu berücksichtigen ist, daß im Gegensatz zu normalen Zeiten die weiblichen Mitglieder viel härter von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, als die männlichen.

Trotz der hohen Ausgaben und des verminderten Mitgliederbestandes im Kriegsjahr 1914 schritt der Verband finanziell nicht unglücklich ab, denn sein Vermögen betrug am Jahreschlusse 1 188 506 Mk., wovon 897 028 Mk. in der Hauptkasse enthalten waren, während 29 558 Mk. als Vortrag in den Kassen der Zahlstellen und Gaue, 326 942 Mk. in den örtlichen Kassen und 4978 Mk. in der Unfallunterstützungskasse für Funktionäre sich befanden. Von dem Bestand der Hauptkasse werden 382 020 Mk. als Reserven für die Invalidenunterstützung gerednet.

Im allgemeinen hat der Verband die schwere Prüfung, welche der Krieg ihm auferlegte, gut bestanden, so daß man die begründete Hoffnung auf das Durchhalten während des ferneren Verlaufs des Krieges und nach dessen Beendigung setzen darf.

Im Bauarbeiterverband sank die Mitgliederzahl von 310 444 am Jahreschlusse 1913 auf 152 622 am Schlusse des Jahres 1914 herab. Zählt man den Zugang an Mitgliedern dazu, den der Verband durch Neuaufnahmen und Uebertritte aus

anderen Organisationen im Berichtsjahre zu verzeichnen hatte und der die Höhe von 63 695 erreichte, dann beträgt die Spannung zwischen den Mitgliederzahlen zu Beginn und am Ende des Berichtsjahres 221 517. Davon sind allerdings in Abzug zu bringen die durch Ausschluss, Austritt oder durch Uebertritt zu anderen Organisationen und die durch den Tod verstorbenen Mitglieder mit 17 320. Weiter können zum Abzug die durch Abreise abgemeldeten Mitglieder mit 29 093 (meistens Ausländer, die bei Ausbruch des Krieges Deutschland verlassen haben) und die zum Heeresdienst einberufenen abgemeldeten Mitglieder mit 97 817, in Wirklichkeit dürfte die Zahl der einberufenen Mitglieder höher gewesen sein, denn zurzeit sind nachweislich 135 000 Mitglieder einberufen; insgesamt also 144 230 Mitglieder, so daß ein wirklicher Verlust von 77 287 Mitgliedern zu verzeichnen ist, von denen allein 40 689 wegen restierender Beiträge gestrichen werden mußten. Für 36 618 Mitglieder fehlt jeder Nachweis über ihren Verbleib. Die Abnahme des Mitgliederbestandes beträgt im ganzen mit den zum Heeresdienst Einberufenen 50,8 Proz.

Dieselbe Erscheinung tritt auch im Massenabstufung auf. Die Gesamteinnahme in der Hauptkasse belief sich auf 6 108 985 Mk. gegen 6 407 456 Mk. im Vorjahre. In den Zweigvereinen beträgt sie 1 918 580 Mark gegen 2 481 508 Mk., wofür ist eine Winderneinnahme von 841 398 Mk. zu verzeichnen. Auf der

Was denkt der Schuft?

Es zogen Sechzigjährige hinaus
Und trugen, jung geirrafft, des Kriegs
Weißwunde.
Die hart verdiente Ruh' verschmähen sie
Und lösen sich vom liebgehabten Herde.
Sie dachten: Unter Leben blüht von vorn! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie wuch're ich mit meinem Korn?

Es fürmten Sechzigjährige zum Kampf
Und dachten nicht, im Mutterarm zu warten.
Ein ganzes Leben — ihnen galt's so viel.
Um Weichen auszufüllen oder Scharten.
Sie dachten: Wer vorn Feinde fällt, stirbt nie!
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie hoch verschä're ich mein Vieh?

Und Mütter setzten in das graue Spiel
Drei Söhne, vier und mehr, so viel sie hatten,
Sie gahen in den Schatz des Vaterlands
Mit Kindesblut und mit dem Blut der Gatten.
Sie dachten: Siegt mein Volk, so lohnt der Kampf!
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie treib ich meinen Zins hinauf?

Und kommen wird der Tag, da Blumen blühen
Aus jedem Grab, in das ein Glück verfant,
Und kommen wird der Tag, da Lehren stehen
Auf jedem Grund, der Blut und Tränen trant,
Und Deutschland preist sein eisernes Geschick!
Was denkt der Schuft?
Er denkt nicht mehr, er hängt, will's Gott,
am Strick.
Otto Ernst.

andern Seite sind die Ausgaben gemäßig gestiegen. Sie betragen in der Hauptkasse 6 521 285 Mk. gegen 3 540 087 Mk. im Vorjahre — ein Mehr von 2 981 198 Mark. In den Zweigvereinen ist die Ausgabe 2 244 018 Mk. und damit um 327 487 Mk. geringer als im Vorjahre. Aber in beiden Fällen übersteigt die Jahresausgabe die Jahreseinnahme: In der Hauptkasse um 412 300 Mk., in den Zweigvereinen um 325 433 Mk. Von den Ausgabequellen in der Hauptkasse seien einige erwähnt, wobei wir soweit als möglich die Zahlen aus dem Vorjahre in Klammern anfügen: Für Streits usw. wurden ausgegeben 352 576,33 (880 029,13) Mk., für Reiseunterstützung 4 404 081 (74 888) Mk., für Arbeitslosenunterstützung (die erst mit dem 1. März eingeführt und am 15. August außer Kraft gesetzt wurde) 688 899 Mk., für Krankenunterstützung (die ebenfalls nur bis zum 15. August gegahlt wurde) 999 898 (1 025 840) Mk., für Unterstufung in Todesfällen 204 596 (186 528) Mark, Unterstufung in Notfällen (Kriegsmahnahme) 1 880 455 Mk., Unterstufung an die Familien der Krieger 1 381 295 Mk.

Bei diesen Verhältnissen ist auch das Verbandsvermögen etwas geringer geworden. Aber keineswegs ist es hergestalt angegriffen worden, daß dadurch die Aktionsfähigkeit des Verbandes beeinträchtigt werden könnte. Es ist um 742 046 Mk. zurückgegangen und betrug am Schlusse des Berichtsjahres 17 573 263 Mk. Das Vermögen ist in sicheren deutschen Werten angelegt, und andere Mittelungen

darüber, die vor einiger Zeit in der Presse aufgetaucht sind, sind völlig aus der Luft gegriffen.

In der inneren Ausgestaltung des Verbandes machte sich auch im Berichtsjahre eine weitere Konsolidation der Zweigvereine geltend. Neben 3 neu gegründeten haben sich 156 mit anderen Zweigvereinen verschmolzen. Leider haben sich auch 39 Zweigvereine aufgelöst. Darunter befinden sich allerdings einige, deren Mitglieder sämtlich zum Heeresdienst einberufen sind, so daß man daraus schließen kann, daß die Auflösung nur eine vorübergehende, durch den Krieg bedingte ist. Am Schlusse des Jahres bestanden 888 Zweigvereine.

Alles in allem genommen kann man wohl behaupten, daß der Bauarbeiterverband sich in der Zeit der Kriegswirrenisse gut behauptet hat und nicht zu befürchten ist, daß er von seinem bisherigen Einfluß etwas verlieren wird. Wenn auch bei längerer Dauer des Krieges mit einem weiteren Rückgang der Mitglieder gerechnet werden muß, und wenn weiter auch angenommen werden muß, daß außer den 6000 Opfern des Krieges aus den Reihen der Verbandsmitglieder, die in fremder Erde ruhen, leider noch manch weiterer, organisationsfremder Mann zu zählen sein wird, der nicht zurückkehrt, so werden sich doch nach Beendigung des Weltkrieges die Lücken in der Organisation wieder schließen, die jetzt aufgerissen werden.

Der Zentralverband der Bäcker zählte zu Jahresbeginn 24 095 männliche, 4650 weibliche, zusammen 28 754 Mitglieder. Am Jahreschlusse hatte er verloren 9214 männliche (38,24 Proz.), 1898 weibliche (42,65 Proz.), zusammen 11 200 (38,95 Prozent). Sein Bestand setzte sich am 31. Dezember 1914 also zusammen aus 14 881 männlichen, 2673 weiblichen, zusammen 17 554 Mitgliedern. Da jedoch zum Militär 13 013 (Ende März waren es 18 643 heerespflichtige) Mitglieder eingezogen wurden, ergibt sich noch ein Gewinn von 3709 männlichen Mitgliedern, der durch eine rege Agitation während der Kriegsmoate erzielt wurde. Der Verlust von weiblichen Mitgliedern ist auf die in den ersten sechs Kriegswochen erfolgte Lahmlegung der Schokoladen- und Zuckerwarenbetriebe zurückzuführen. Die damals herrschende Kopflosigkeit, die Ungewißheit, ob die Verbände ihre Leistungsfähigkeit würden bewahren können, wirkte gerade in den Reihen der Arbeiterinnen am schlimmsten, und als die Betriebe wieder langsam ihre Produktion aufnahmen, waren ganze Scharen nicht mehr zu bewegen, die fälligen Beiträge nachzugeben oder gleich wieder der Organisation beizutreten. Die Organisationsleitung hatte wegen der geringen Arbeitslosigkeit nicht nötig, die Unterstützung für Arbeitslose einzuführen. Nur die Krankenunterstützung wurde für ledige Mitglieder aufgehoben und für verheiratete auf die Hälfte herabgesetzt. Dafür konnte aber den Familien der im Felde stehenden Kollegen ab September eine monatliche Unterstützung von 10 Mk. gegahlt werden. Trotz der hohen Unterstufungen — sie beliefen sich insgesamt auf 300 137 Mk. und auf 37 076,25 Mk. für Gemäßregelte und Streikunterstützungen — hatten die Hauptkassen am Jahreschlusse gegenüber dem Vorjahre einen Mehrbestand von 9127 Mk. und die Lokalkassen einen solchen von 2543 Mk. Der Gesamtbestand betrug in der Hauptkasse 381 018 Mk., in den Lokalkassen 80 574 Mk., zusammen 461 593 Mk.

Der Metallarbeiterverband ist vom Kriege sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Seine Mitgliederzahl sank von 544 934 Ende 1913 auf 322 917 Ende 1914, das ist ein Verlust von 222 017 Mitgliedern. Davon sind 185 081 zum Heere eingezogen und 36 936 sind aus anderen Gründen ausgeschieden. Es wird jedoch damit gerechnet, daß davon ebenfalls noch ein größerer Teil einberufen ist, ohne es der Organisation gemeldet zu haben. Ueber die Finanzen des Verbandes wird berichtet, daß die reinen Einnahmen im Jahre 1914 15 206 935 Mark betragen, gegen 18 638 525 Mk. im Jahre 1913. Die Winderneinnahme beträgt 8 431 590 Mk. Die Ausgaben für Unterstufungen erhöhten sich gegen das Vorjahr trotz der bedeutend gesunkenen Mitgliederzahl in den 22 Kriegswochen des vorigen Jahres und trotz teilweiser Beschränkung und Aufhebung von einigen Unterstufungsklassen um 488 514 Mk. Es sind jedoch nur die Ausgaben für das Sterbegeld und die Arbeitslosenunterstützung gestiegen, für alle anderen Zweige waren sie geringer: Es forderten: das Reisegeld 380 824 Mk. (1913: 513 443 Mk.), die Umzugsunterstützung 116 019 Mk. (154 069 Mk.), die Krankenunterstützung 8 382 282 Mk. (4 188 845 Mk.), die Arbeitslosenunterstützung 7 394 311 Mk. (3 229 200 Mark), die Streikunterstützung 1 096 466 Mk. (3 016 765 Mk.), die Maßregelungen 162 880 Mk. (287 092 Mk.), die besonderen Notfälle 77 748 Mk. (105 838 Mk.), das Sterbegeld 142 075 Mk. (138 895 Mark), der Rechtschutz 89 869 Mk. (58 062 Mk.). Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Schlusse des Jahres 11 544 853 Mk., das sind 1 706 448 Mk. weniger als im Jahre zuvor.

Soziales.

Die Zentraltrankentasse der Sattler und Portefeuller hat ihren Jahresbericht für 1914 veröffentlicht und an die Mitglieder ausgegeben. Es ist der erste Bericht unter den veränderten neuen Verhältnissen, unter denen die Kasse seit Beginn des Jahres 1914 arbeitet. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß trotz des furchtbaren Krieges die finanziellen Verhältnisse der Kasse im Jahre 1914 sich außerordentlich günstig gestaltet haben. Das Gesamtvermögen stieg um 10.298,81 Mk., so daß dasselbe am Schlusse des Geschäftsjahres die Summe von 148.149,41 Mk. erreichte. Ferner ist dem Bericht zu entnehmen, daß auch der Reservefonds reichlich bedacht werden konnte, indem demselben der Betrag von 9137,15 Mk. zugeführt wurde. Der Stand des Reservefonds erreichte dadurch die respektable Höhe von 120.224,65 Mk., womit die gesetzlich normierte Höhe desselben bereits ganz erheblich überschritten ist. Dieses kann als eine gute Gewähr für die Sicherheit und Zukunft der Kasse angesehen werden!

Wenn im Schlusswort des Berichtes betont wird, „daß unter Berücksichtigung der herrschenden Verhältnisse das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres durchaus günstig zu bezeichnen ist“, so können wir das ohne weiteres unterschreiben. Indes mit dem Mitgliederbestand steht es nicht so günstig. 1074 Mitglieder mußten bis zum Jahreschluss dem Ruf zu den Fahnen folgen, von welchen leider auch bereits 24 den Heldentod auf dem Schlachtfeld gefunden haben. Diesem gegenüber ist die Aufnahme neuer Mitglieder sehr gering gewesen; es mag dieses wohl seinen Grund darin haben, daß viele Kollegen ihre Einberufung täglich erwarten. Den Kollegen aber, die mit dieser Eventualität nicht zu rechnen haben, kann der Beitritt zur Zentraltrankentasse der Sattler und Portefeuller nur empfohlen werden. Auch das nähere Studium des Berichtes möchten wir allen Lesern und Interessenten sehr empfehlen. Derselbe wird bei den Vorständen aller Verwaltungsstellen wie auch beim Hauptvorstand sicher gern und unentgeltlich verabfolgt.

Rundschau.

Krieg, Mode und Arbeiterfrauen. In der bürgerlichen Frauenliteratur nimmt die Stellung der Interessenten zur Schaffung einer deutschen Mode gegenwärtig einen breiten Raum ein. „Los von Paris“ ist der Kriegsruuf, der hier erschallt. Es wird versucht, eine Frauenkleidung herzustellen, die dem deutschen Geschmack und der deutschen Eigenart gerecht wird und nebenbei der deutschen Kleiderindustrie und den damit in Verbindung stehenden Berufen größere Absatzgebiete bringt. Wichtigste sind bereits Vorführungen und Ausstellungen deutscher Moden veranstaltet worden, die zum Teil ebenso wenig Einfachheit und Zweckmäßigkeit

— auch Geschmack — zeigten als die bisher unter dem Namen „Pariser Moden“ von den Damen mit großem Geldbeutel getragenen Kleider, Mäntel und Hüte.

Die Arbeiterfrauen und -töchter stehen diesen Dingen ziemlich gleichgültig gegenüber, und sie würden sich wohl kaum eines Nähnens erwehren können, wenn sie den Eifer beobachten, der den geschicktesten Bestrebungen gewidmet wird. Neben ernst zu nehmenden Menschen, die einen bestimmten Zweck dabei verfolgen, interessieren sich hauptsächlich solche dafür, die in den Modehäusern jetzt echte japanische Kimonos kaufen und ohne schottische Bänder und Kleiderstoffe, die nach Farbe und Schnitt den eigenartigen Mäden der schottischen Hochländertruppen nachgebildet sind, nicht leben können. Daneben entzücken sie sich dann, wenn man nach alter Gewohnheit beim Abschied „Adieu“ sagt und im Lokal ein Tartarbesteck verlangt, anstatt rohes Hackfleisch zu fordern. Dadurch kann eine Sache, die zweifellos viel Berechtigung hat, leicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Wenn es gelingen sollte, die deutschen Frauen dahin zu bringen, daß sie ihren Bedarf an Kleidung im eigenen Lande decken, würde unsere Bekleidungsindustrie sicher einer ganzen Anzahl mehr Personen Arbeitsebene bieten können.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber nicht unterlassen, einen Hinweis zu erwägen, der sich auch in Arbeiterkreisen zeigt. Es ist Mode geworden, die kleinen Zungen wie Soldaten herauszupucken. Das sollten aufgefärbt sein wollende Eltern nicht tun.

Die Soldatenuniform erinnert uns überall, daß Tausende junger und gesunder Männer ihr Leben täglich und fröhlich in die Schanze schlagen und fern von der Heimat und von ihren Angehörigen auf den Schlachtfeldern verbluten müssen. Deshalb paßt die Uniform und alles was dazu gehört nicht für Kinder als Spielzeug, ganz abgesehen davon, daß die armen Jungen manchmal darin wie kleine Affen aussehen.

In einer süddeutschen Stadt hat ein Bürgermeister für Kinder das Uniformtragen verboten. An anderen Orten ist den Kindern unterjagt worden, in solchen Aufzügen in die Schule zu kommen.

Es ist bedauerlich, daß in so ersten Zeiten solche Verbote überhaupt notwendig sind.

Keine Bestrafung wegen sozialdemokratischer Gesinnung. Ueber Kontrollversammlungen und Sozialdemokratie berichtet das „Hamburger Echo“, daß auf erfolgte Beschwerden darüber, daß bei den letzten abgehaltenen Kontrollversammlungen noch immer die alte Bestimmung verlesen sei, wonach die Bekundung sozialdemokratischer Gesinnung und das Lesen sozialistischer Schriften bestraft würde, vom stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps eine Verfügung erlassen worden sei, daß die betreffende Bestimmung, durch die sich so viele zum Militärdienst

ausgehobene Parteigenossen verlesen gefühlt haben, nicht mehr bei den Kontrollversammlungen verlesen werden soll.

Bücherschau.

Der Arbeiterschutz in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 1,20 Mk.

Die soziale Gesetzgebung der verschiedenen Länder schlägt verschiedene Wege zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein. Um entscheiden zu können, wo die Lösung ihrer Probleme am besten gelungen ist, bedarf es einer genaueren Kenntnis aller einschlägigen Bestimmungen. So wurde, besonders auch im Ausland, oft der Wunsch nach einer zusammenfassenden Darstellung des Arbeiterschutzes in Deutschland geäußert. Dem verdankt die Schrift ihre Entstehung. Was sie geben will, ist weder ein geschichtlicher Rückblick über die Entwicklung des Arbeiterschutzes noch eine Erörterung theoretischer Fragen, sondern nur eine knappe Uebersicht über die hauptsächlichsten Bestimmungen des geltenden Rechts sowie einige kritische Betrachtungen. Nicht auf die Einzelheiten kommt es dem Verfasser dabei an, vielmehr nur darauf, die wichtigsten Gesetze in ihrem Inhalt und ihrer praktischen Handhabung denen zum Verständnis zu bringen, die der Materie fremd gegenüberstehen. Der erste Abschnitt behandelt den Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Rechtsverhältnisse, die Unfallversicherung und die Kontrolle der Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigegebenen Aufnahmen einer Anzahl Heilanstalten und praktischer Arbeiterschutzeinrichtungen sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung veranschaulichen.

Adressenänderungen.

Konstant. K. Josef Thoma, Hundbergstr. 3 II. Abtn. V Anton König, Waisenhausgasse 38.

Sterbetafel.

Dem Heldentod auf dem Schlachtfeld fand unser Mitglied:

Rudolf Döbler, Leipzig, 33 Jahre alt.

Dresden. Am 24. Mai verstarb an Lungenerkrankung unser treues Mitglied Eduard Lange im Alter von 61 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

ANZEIGEN

Ortsverwaltung Dresden.

Dienstag, den 8. Juni, abends 9 Uhr im „Volkshaus“

Mitglieder-Versammlung

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Arbeiter auf

Holz- und Kapeckoffer

sowie Tischner stellen dauernd ein Heinrich Göhr & Co., Elisabeth-Ufer 58.

Altordnäher auf Treibriemen

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Friedr. Haunde jun., Teget.

Verfekten

Zuschneider

auf Artillerie-Geschirre

verlangt Prager, Berlin, Kungestraße 25-27.

:: Sattler :: für Militärarbeiten

(Korniker, Patronentaschen, Ledriemen usw.) können sofort bei uns anfangen.

Günstige Bedingungen.

v. Dollfs & Helle

Braunschweig, Hildesheimer Str. 8.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung sucht sofort

Jos. Hoffstein, Herdede

Fabrik für Militärandrückungen.

Jahrgeligenheit morgens, mittags und abends nach Herdede von Dortmund, Herde, Witten und Gagen günstig gelegen.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63

Geegründet 1880.

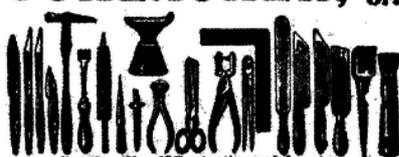
Preislisten S. P. gratis und franko.

Nietklotz „Ideal“



G. BRUCKLACHER, Berlin SO., Oranienstr. 43.

Werkzeuge für Portefeuller und Buchbinderen



Werkzeuge für Sattler und Tapezierer

Katalog No. 17 B. gratis und franko



Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 24 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 11. Juni 1915

Inhalt: Vertragsleistung. — Die bisherigen Leistungen der Konsumentenbewegung. — Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer. — Unter Verband am Schlusse des ersten Vierteljahres 1915. — Arbeitslohn für den Kornlieferanten. — Position 3 des Sachlohnverzeichnisses. — Inverlorene Ausbeutungsgelände. — Aus der Segetalindustrie in Kassel während der Kriegszeit. — Gewerkschaftlicher Burgfrieden und Unternehmerfragen. — Bericht der 2. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausrüstungsgerwebe. — Einigkeit und Solidarität der Arbeiter während und nach dem Kriege. — Kriegerheimstätten. — Abrechnung des Sammelfonds. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bäckerschau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Vertragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die bisherigen Leistungen der Konsumentenbewegung.

Von Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann-Berlin.

Unerhörte Preistreiberien und Kriegswucherscheinungen aller Art trieben Anfang Dezember die jetzt im K.A.K.Z. zusammengegliederten Reichsverbände zu einheitlicher Abwehrorganisation. Nicht einseitige Willkürforderungen, sondern gerechte, angemessene Preise und eine soziale Ordnung der Massenversorgung, die auch den wenig Vermittelten das Durchhalten gegenüber dem englischen Aushungersplan ermöglichen, bildeten von vornherein die Lösung des K.A.K.Z.

Seine erste Hauptaufgabe war die Bekämpfung der verkehrten Sparmaßnahmepolitik, derzufolge die Massen zur Einschränkung ihres Verbrauchs durch weitere Preiserhöhungen gezwungen werden sollten. Es galt, die Wegzurück dieser verkehrten Politik innerhalb der Reichsregierung zu unterstützen. Das geschah in der Brotgetreidefrage durch die Einreichung eines technisch durchführbaren Beschlagsnahmeplans, durch eine Besprechung im Reichsamt des Innern und die große Versammlung am 22. Januar, in der das Verlangen und die Empfanglichkeit der breiten Verbrauchermassen für eine zwingungsgemeinwirtschaftliche Getreide- und Brotverkaufsregelung nachdrücklich befundet wurde: „Das Volk will es!“ So kann sich der K.A.K.Z. am Zustandekommen der weltberühmten Bundesratsverordnung vom 25. Januar ein gewisses Verdienst anrechnen. Zu ihrer Durchführung und der Einbürgerung des Brotkartensystems in den Gemeinden hat der K.A.K.Z. mit praktischen Vorschlägen ebenfalls in erfolgreichem Zusammenwirken mit dem Deutschen Städtebunde beigetragen. Er hat schließlich auch mit ausführendem Beweismittel gegen die ungerechtfertigt steigenden Preisspannungen zwischen Getreide und Mehl angekämpft und eine soziale Kontrolle der Kriegsgetreide-Gesellschaft und ihrer Geschäftspraxis durch die Reichsbehörden unter Zuziehung von Verbrauchervertretern gefordert. Zweimächtige Preisberatungen für Mehl sind seitdem tatsächlich erfolgt, so daß unser Brotmehlpreis heute bereits unter dem englischen steht.

Wie die Brotgetreideknappheit und die Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Verteilung eine Folge der ungelösten Mangelversorgung an die Schweine war, so hing auch die Kartoffelkrise mit der Schweinefrage zusammen. Ueberhaupt besteht ja das Kriegsernährungsproblem zur Hauptsache in einem Kampfe

der Menschen mit dem Vieh um die Lebensmittelvorräte. Für die Menschen allein würde die Frucht vollkommen ausreichen. Als der K.A.K.Z. Anfang Februar erfuhr, daß die Regierung durch Preissteigerungen die Kartoffeln aus den Lagern auf den Markt locken und auf diese Weise vor dem Viehtrog schützen wollte, forderte der K.A.K.Z. zunächst einmal eine sofortige Bestandsaufnahme, da nach seiner Meinung große Vorräte da sein mußten und nur künstlich zurückgehalten wurden, und darauf die Beschlagnahme der Hälfte der noch vorhandenen Kartoffeln zur Sicherstellung für die menschliche Ernährung. Eine solche Sicherstellung ist dann, als die Bestandsaufnahme vom 15. März jammervoll ausfiel, Mitte April endlich, allerdings im Wege einer seltsamen Preisreformpolitik erfolgt. Die scharfe Kritik der Verbraucher (vergl. auch die Eingabe vom 6. April, siehe Num.) hat dabei wenigstens den Erfolg erzielt, daß die Reichsstafte den Schaden des verspäteten Eingreifens auf sich nahm und die Kartoffeln den Minderbemittelten (der K.A.K.Z. fordert: für alle Bürger bis zu 2000 M. Einkommen) zu erschwinglichen Preisen von 50 bis 70 Pf. für 5 Kilogramm zugeteilt werden können. Daß statt der Marktprämienpolitik eine Beschlagnahme angebracht gewesen wäre, zeigt sich in dem Ueberfluß an Kartoffeln, der jetzt zum freien Verkauf angeboten wird. Der K.A.K.Z. hat also mit seiner ursprünglichen Annahme, daß genug Kartoffeln da seien und nur herausgeholt werden müßten, recht behalten.

In der Beseitigung der Ursachen der Brotgetreide- und Kartoffelkrise, der Regelung der Schweinefrage, ist der K.A.K.Z. weniger erfolgreich gewesen. Die von ihm im Anschluß an die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 über die Sicherstellung der Dauerfleischwaren durch die Gemeinden gemachten Vorschläge für die technische Durchführung der Abschaltungen, die Abregelung im Interesse der Produzenten und der Verbraucher sowie für die Herstellung und Aufbewahrung der Dauerwaren hatten angesichts der Gegnerschaft der Landwirtschaftsbehörden gegen die Abschächtung keinen rechten Erfolg. Statt der vom K.A.K.Z. vorgeschlagenen Höchstpreise wurden zwar Höchstpreise vom 25. Februar 1915 festgesetzt, aber nicht wirksam angewandt; auch enthielten sie für das Fettmachen der Schweine sträfswertende Prämissen, und so frag dann der neunte Feind munter weiter den Menschen die Kartoffel und die Magermilch weg. Nunmehr sollen freilich von den Schweinebeständen 30 v. D. ja 50 v. D. abgeschlachtet sein; und die frühzeitige Grünweide hilft uns aus der Futtermittelnot, so daß weitere Beschaffung von Dauerfleisch aus den Schweinebeständen den Städten nicht mehr vorgeschrieben wird. Daß die aufgeschichteten Vorräte der Gemeinden aber Erhebliches zur Linderung der durch die verfahrenen bisherige Schweinepolitik entstandenen Preistreiberien im Vieh- und Fleischgeschäft künftig beitragen könnten, erwartet wohl niemand. Nur entschlossene Fleischenthaltungspolitik jetzt zur sommerlichen Gemüteezeit könnte den Preistreiberien etwas das Handwerk legen.

Die durch die Schweinepolitik geförderte Magermilchversorgung der Städte beschäftigte wie überhaupt die Milch- und Butterfrage gleichzeitig den K.A.K.Z. mehrfach sehr eingehend. Für die Sicherstellung der Magermilch forderte der K.A.K.Z., um die von der Eisenbahn zugeführte Tarifiermäßigung für Magermilch nutzbar zu machen, eine Vorweisung für die Sammelmolkereien, die Hälfte ihrer Magermilch an die Städte abzuliefern, statt die bisher fast alles an die Wirtschaft für den Schweineertrag zurückzuliefern. Etwas ermunternd auf die Mager-

milchzufuhr haben diese Vorstöße gewirkt, aber noch nicht entschieden genug.

Um die Vergewandung von menschlichen Nährmitteln nach Möglichkeit zu verhüten, wandte sich der K.A.K.Z. gegen die Freigabe von Zucker und Kartoffeln für die Erzeugung von Spiritus und forderte die Einstellung von Trinkbranntweinherzeugung überhaupt, um die vorhandenen Spiritusvorräte für den gesteigerten gewerblichen Bedarf sicherzustellen. Es erfolgte auch eine Sperrung der Trinkbranntweinherzeugung, jedoch nur auf Zeit. Neuerdings soll wieder Zucker für Brennweide freigegeben werden.

Während der Zucker zu einem Steuerertrag von 2 M. (statt 14 M. normal) in den Maischeapparat wandern darf, werden für den menschlichen Verbrauch die Zuckerpreise seit April Schritt für Schritt erhöht mit der Begründung, es herrsche Zuckermangel. Gewiß hat uns das Vieh aus Mangel an Futtermitteln viel Zucker steuerfrei weggefressen, aber Deutschland schwamm zu Anfang des Krieges in Zucker, der nicht ins Ausland in dem Maße wie sonst abgesetzt werden konnte. Statt durch die allseits geforderte Steuererhöhung den Zuckerverbrauch auch der Menschen zu verbilligen und um 50 v. D. zu heben — zum Ersatz der knappen Zuckervorräte — kontingentierte die Regierung den Zuckerausfuhr und setzte Preise fest, die der Zuckerindustrie einen genügenden Geschäftsspielraum ließen. Die gegenwärtige Zuckervertierung aber ist durch nichts gerechtfertigt, denn das für die menschliche Ernährung gesicherte Kontingent von 65 v. D. dürfte bei richtiger Verteilungsorganisation keine Knappheit aufkommen lassen. Der K.A.K.Z. hat deshalb die Reichsbehörden um Schutz der Verbraucher durch Festsetzung von Groß- und Kleinhandelspreisen gebeten und weiterhin eine Verbilligung des gerade jetzt physiologisch und ländlich-wirtschaftlich wichtigen Zuckers durch Aufhebung der Zuckersteuer bis zur nächsten Ernte gefordert.

Zur Sicherstellung der Massenernährung durch Schonung und Ausbarmachung aller Vorräte hat der K.A.K.Z. sich auch frühzeitig mit der Frage der zweckmäßigsten Einsammlung der Küchenabfälle, der Fortnutzung für landwirtschaftliche Zwecke, der Bekämpfung des Witschabens, der Organisation des Gemüsebezuges, der Einschränkung der Vieherzeugung aus Gerste und Malz usw. beschäftigt.

Zielten diese Arbeiten des K.A.K.Z. auf die Sicherung von Lebensmittelvorräten zu erschwinglichen Preisen, so erachtete es der K.A.K.Z. auf der anderen Seite auch für seine Aufgabe, die Kaufkraft und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Verbrauchermassen gegenüber der Teuerung nach Möglichkeit zu stärken. Das führte ihn zur Bekämpfung des sogenannten „Arbeitswuchers“, d. h. der ungerechtfertigten Lohn- und Gehaltssteigerungen, die zu Beginn des Krieges vielfach unter dem Druck der Geschäftskrisis aus guten Gründen vorgenommen waren, später aber oft auch dann beibehalten wurden, wenn Kriegsaufträge den Firmen Arbeit und Verdienst in Fülle brachten. Zahlreiche Beschwerden sammelten den K.A.K.Z. oder die von ihm begründeten Bezirksausschüsse in den Armeekorpsbezirken, um sie den Generalcommandos mit der Bitte um soziale Vermittelung zugunsten der Angefallten zu überreichen. In ähnlichem Sinne richtete der K.A.K.Z. an Regierung und Reichstag ein ausführliches begründetes Gesuch um Erweiterung des Schutzes der wirtschaftlich schwachen Kriegersfamilien zumal in Mietangelegenheiten.

Der K.A.K.Z. hat ein weites Aufgabensfeld zu bearbeiten. Nicht überall sind ihm bei den einzelnen Fragen glatte Erfolge beschieden gewesen. Aber das